

Von Hannes Mosler

Rinderwahn-Konflikt weitet sich zur Medienschlacht aus  
2008/07/04 20:11, <http://blog.naver.com/kobserver/120053590135>



Die Auseinandersetzungen um die neue Regierung unter Lee Myung-bak und den Rindfleischimport aus den USA geht in die nächste Runde. Die Regierungspartei und rechtskonservative Zeitungen werfen einem Polit-Magazin des Fernsehsenders MBC "Aufwiegelung" und "verfälschte Berichterstattung" vor, die schließlich zu den Lichterkettendemonstrationen seit Anfang Mai geführt haben sollen. Polizei und Staatsanwaltschaft ermitteln bereits gegen die Sendung. Juristen und Stimmen aus Politikerkreisen wie aus der Gesellschaft stehen der Vorgehensweise jedoch kritisch gegenüber.

### **Monate lange Proteste gehen weiter**

Seit Monaten protestieren in Südkorea zehntausende Bürger vor allen Dingen gegen die Wiederaufnahme der Importe von möglicher Weise BSE-infiziertem Rindfleisch aus den USA. Präsident Lee hatte im April im Vorfeld seines Besuchs der amerikanischen Präsidenten-Ranch Camp David beschlossen, die Importe wieder aufzunehmen. Den Einfuhrstopp hatten Südkorea und mehr als 30 andere Länder Ende 2003 verhängt, nachdem ein BSE-Fall im Bundesstaat Washington nachgewiesen worden war. Die Aufhebung des Importstopps war eine Voraussetzung für die Ratifizierung des Freihandelsabkommen zwischen den USA und Südkorea.

Nach heftigen Protesten der Bürger, hat die Regierung schließlich eine Delegation zur Nachverhandlung in die USA geschickt. Doch die Amerikaner haben auch nach zähen Verhandlungen keine weiteren Zugeständnisse gemacht. Chefunterhändler Kim Jonghun habe seinen amerikanischen Verhandlungspartnern immer dann Foto-

grafien der Massendemonstrationen in der Seouler Innenstadt gezeigt, wenn diese die Ratio der südkoreanischen Bevölkerung in Frage stellen.



### **Nachverhandlungen mit den USA haben nicht viel gebracht**

Die Position der USA wurde auch von Außenministern Rice bei ihrem jüngsten Besuch in Seoul erneut bekräftigt. Demnach ist amerikanisches Rindfleisch sicher. Proteste in Südkorea hält man für Überreaktionen von Unwissenden als Ergebnis von verfälschter Berichterstattung und haltlosen Internetgerüchten.

Die Proteste waren nach den Nachverhandlungen zurückgegangen. Doch nachdem klar wurde, dass auch die neuen Verhandlungen nicht zur Lösung der grundlegenden Fragen des Konfliktes beitragen, haben die Proteste erneut Aufwind bekommen. Nach teilweise heftigen Auseinandersetzungen zwischen Polizei und Teilen der Demonstranten, haben seit Anfang der Woche religiöse Organisationen die Straßen mit Massenumzügen und Prozessionen, die das Vorgehen der Regierung scharf kritisieren, friedlich zurückerobert.



Unterdessen gehen die drei rechtskonservativen Zeitungen Chosun Ilbo, Joongang Ilbo und Dong A Ilbo gegen Netizen vor, die im Internet zum Boykott von Großunternehmen aufgerufen haben, die in den Zeitungen Werbung schalten. Außerdem greifen die drei Zeitungshäuser das Internetportal Daum verschärft an, auf dem sich Foren gebildet haben, in denen zu den Lichterkettendemonstrationen und auch zum Boykott der Zeitungen sowie ihren Werbeauftraggebern aufgerufen wird.

### Netizen rufen zum Boykott von rechtskonservativer Presse auf

Netizen haben zum Boykott der rechtskonservativen Zeitungen aufgerufen, weil sie der Meinung sind, dass sie nicht wahrheitsgetreu über die Vorgänge berichten, sondern einseitig die Position der Regierung und anderer rechtskonservativer Kräfte vertreten würden. Unter anderem die Chosun Ilbo steht seit Jahrzehnten unter dieser Kritik. Die staatliche Kommission für Kommunikationsstandards ([3] KCSC) hat jüngst entschieden, dass das Daum-Portal die fraglichen Einträge aus den Foren löschen müsse. Als Grund wurde angegeben, dass durch diese "Bedrohungen" "Arbeitsbehinderungen" hervorgerufen worden seien. Außerdem würde der Tatverdacht auf "Verleumdung" bestehen.



Die Kommissionsmitglieder der KSCS werden direkt vom Präsidenten eingesetzt. Nicht nur diese Tatsache lässt die Entscheidung in einem fragwürdigen Licht erscheinen.

### Fragwürdige Vorgänge bei öffentlicher Aufsichtsbehörde für Medien

Vor Kurzem hat sich herausgestellt, dass sich die Mehrzahl der Experten, die das KCSC Ende vergangenen Monat zur Beurteilung der Rechtslage diesbezüglich um Rat gebeten hatte, gegen eine Anordnung ausgesprochen hat, die Einträge löschen zu müssen. Ihrer Einschätzung nach liegt rechtlich gesehen weder eine Straftat noch eine Gesetzesübertretung vor. Die Kommission hat diese Expertenaussagen jedoch offensichtlich ignoriert und eine eigene Entscheidung getroffen.

Während rechtskonservative Zeitungen die Entscheidung der KCSC als "selbstverständliche Entscheidung" begrüßten, dem "Cyber-Terror" und der "Internet-Gewalt" ein Ende zu bereiten, stellen progressive Printmedien wie die Khyunghyang Shinmun und die Hankyoreh Zeitung den Vorgang in Frage. Die Khyunghyang Shinmun wirft der Kommission in ihrem Editorial "Anmaßung" vor, "über ihre Befugnisse hinausgegangen" zu sein. Auch die Hankyoreh Shinmun kritisierte heute das Vorgehen der Kommission und forderte dazu auf, klarzustellen, ob nicht etwa "politische Hintergründe" bei der Entscheidung ausschlaggebend waren, die die politische Unabhängigkeit der Kommission in Frage stellen würden.

Auch der Versuch der Kommission, die Netzeinträge als Verstoß gegen das "Verbot von in Umlaufbringen illegaler Informationen" nach dem Informationskommunikationsnetzgesetzes (§44, Abs. 7-3) zu deklarieren, scheiterte, da die dafür nötigen rechtlichen Voraussetzungen nicht gegeben waren.

### **Rechtskonservative Zeitungen boykottieren Daum-Portal im Gegenzug**

Dennoch haben die rechtskonservativen Zeitungen sich entschieden, ab morgen dem Portal Daum ihre Artikel nicht mehr zur Verfügung zu stellen. Südkoreanische Internetportale bieten Artikel von fast allen online erscheinenden Zeitungen und anderen Medien an.

Auch die Fernsehanstalten KBS und MBC stehen unter Beschuss der rechtskonservativen Presse und militanter Vereinigungen von ehemaligen Vietnamsoldaten und Mitgliedern von Spezialkräften, die während der Diktatur für das Infiltrieren Nordkoreas ausgebildet worden waren.



Beiden Sendern wird vorgeworfen, "nordkoreafreundlich" und "linksradikal" zu sein und "einseitig" zu berichten. Seit Wochen halten Bürgerinitiativen Mahnwache vor den Sendeanstalten, weil es immer wieder zu gewalttätigen Auseinandersetzungen mit militanten Gruppen kommt. Bei der letzten Demonstration haben Mitglieder der militanten Gruppen Flüssiggasflaschen auf die Vorderseite eines Kleinbusses montiert und gedroht, damit ins Funkhaus von MBC zu fahren.

### **Fernsehsender sehen sich militantem Druck ausgesetzt**

Insbesondere der Sender MBC sieht sich großem Druck der rechtskonservativen Kräfte ausgesetzt. Ende April hatte das Politmagazin "PD Notebook" des Senders für Aufsehen gesorgt, als eine Dokumentation die Hygiene- und Kontrollprobleme von amerikanischen Rindfleischschlachtereien aufdeckte. Unter anderem wurden Kühe gezeigt, die mit Elektroschockern malträtiert wurden, damit sie aufstehen und durch die Kontrolle kommen würden. So genannte **Downer Kühe** dürfen laut der US-Lebensmittelbehörde FSIS nicht geschlachtet werden, weil die Gefahr bestehe, dass sie an einer Krankheit leiden, sie sich auf Menschen übertragen könnte, die das Fleisch essen. Darunter vor allen Dingen auch **BSE**.



Des Weiteren berichtete die Sendung über eine junge Amerikanerin, die an der Creutzfeldt-Jakob-Krankheit (CJK) litt und kurze Zeit später starb. Spätestens seit Mitte der 90er Jahre wird die auf Menschen übertragene CJK (vCJK) in engen Zusammenhang mit dem Verzehr von BSE-verseuchtem Rindfleisch gestellt.

US-Fernsehsender berichten über Creutzfeldt-Jakob-Fall in BSE-Zusammenhang In der Folge wurde dem Politmagazin jedoch vorgeworfen, die Fakten verzerrt oder übertrieben dargestellt zu haben, um die Bevölkerung "aufzuwiegeln". Es sei nicht geklärt, ob die Frau tatsächlich von der vCJK befallen sei, die Redaktion habe dies nur behauptet. Auch sei eine Kuh, die nicht von selbst aufstehen könne, gleich als mit BSE infiziert anzusehen.

Doch selbst der konservative US-Sender Fox News hatte berichtet, dass die besagte Amerikanerin an der tödlichen Krankheit erkrankt sei. Auch beim amerikanischen Sender NBC legte man eine solche Diagnose nahe. Und selbst die Mutter der erkrankten Frau zeigt sich in dem Interview mit der südkoreanischen Filmcrew davon überzeugt.

Hinzu kommt die Tatsache, dass die Redaktion des Politmagazins nicht von einer Ethikkommission der Medienbranche, sondern von einer Sonderkommission der Staatsanwaltschaft untersucht wird. Diese Vorgänge erscheinen vor dem Hintergrund bedenklich, dass der Regierung vorgeworfen wird, Chefposition der Fernsehsender MBC, KBS, YTN und Arirang mit Präsidententreuen besetzen zu wollen, um die Medien zu kontrollieren.

### **Ausländer wollen gegen Lichterkettendemos auf die Straße gehen**

Unterdessen nehmen die Proteste auf der Straße auch neue Dimensionen an. Für den morgigen Samstag haben konservative Bürgerinitiativen zu einer Gegendemonstration gegen die "gewalttätigen Lichterkettendemonstrationen" aufgerufen. Besonders hierbei ist, dass über 1.000 in Südkorea lebende oder studierende Ausländer dazu erwartet werden. Unterstützt wird die Demo unter anderem von der Initiative LiNK und Hwang Jang-yop. Hwang ist ein ehemaliger hochrangiger Funktionär und Chefideologe aus Nordkorea, der 1997 in den Süden übergelaufen ist, und seitdem eine prominente Rolle in rechtskonservativen Kreisen spielt.



Auf der Internetseite, die zur Gegendemo aufgerufen hat, schrieb Hwang: "Derzeit gibt es auf der koreanischen Halbinsel zwei Diktaturen. Im Norden die [...] Staatsdiktatur unter Kim Jeong-il und im Süden die Diktatur der Massen, die [...] der Propaganda der Linken auf den Leim gegangen sind."

Während die Gegendemo um 17 Uhr am Cheonggyecheon beginnt, wird das Lichterkettenfestival zur selben Zeit vor dem 500 m entfernten Rathaus Seouls stattfinden, zu dem mehr als 100.000 Besucher erwartet werden.

(mit freundlicher Genehmigung des Autors)